P R O T O K O L L

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen

am Dienstag, 26. April 2022

in der/im Sitzungssaal des Rathauses in Reppenstedt, Dachtmisser Straße 1
Beginn: 19:00 Uhr

Leitung: Ausschussvorsitzende(r)

Hans-Jürgen	N i s c h k	

anwesende Ausschussmitglieder

Gabriele	B a u e r	
Holger	D i r k s	
Eckhard	D i t t m e r	
Hans-Joachim	U e c k e r	i. V. für Karoline Feldmann

Sachkundige(r) Bürger(in)

Pascal	B a s t i n g
Jörg	B a u m g a r t e
Jürgen	C o r d e s
Christian	S c h l ü t e r
Dieter	W a l t j e

es fehlte(n)

Jürgen	H e s s e

von der Verwaltung

Dietmar	M e y e r	
Holger	S c h ö l z e l	zugleich als Schriftführer

Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2 Feststellung der Tagesordnung
3 Beschlussfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung
4 Verpflichtung sachkundiger Bürger
5 Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen am 08.12.2021
6 Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses und wichtige Angelegenheiten der Verwaltung
7 Bericht zur aktuellen Situation hinsichtlich der Obdachlosenunterbringung und Durchführung des Aufnahmegesetzes
8 Einwohnerfragestunde
9 11. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Samtgemeinde Gellersen
Hier: Aufnahme einer Aufwandsentschädigung für einen stellvertretenden Gemeindepressewart für die Freiwillige Feuerwehr Gellersen
10 Nachtragshaushalt 2022
11 Behandlung von Anfragen und Anregungen
12 Schließung der Sitzung

Punkt 1
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Der Ausschussvorsitzende Nischk eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2
Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:
Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
Abstimmung:	5	0	0

Punkt 3
Beschlussfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung

Beschluss:
Alle Tagesordnungspunkte werden in öffentlicher Sitzung behandelt.

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
Abstimmung:	5	0	0

Punkt 4
Verpflichtung sachkundiger Bürger
Herr Meyer führt die Verpflichtung der anwesenden sachkundigen Personen durch. Die Verpflichtung wird gesondert in einem Dokument dokumentiert.

Punkt 5
Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen am 08.12.2021

Beschluss:
Das Protokoll wird genehmigt.

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
Abstimmung:	5	0	0

Punkt 6
Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses und wichtige Angelegenheiten der Verwaltung
Herr Meyer berichtet, dass

1. Herr Schölzel seit dem 01.03.2022 die Stelle des Ordnungsamtsleiters innehat und sich sehr gut eingearbeitet hat,
2. derzeit im Ordnungsamt die Sachbearbeiter-Stelle für das Feuerwehrwesen erneut ausgeschrieben wird. Die bisherige Stelleninhaberin wechselt zu einem anderen Arbeitgeber,
3. an der zukünftigen Sport-Kita in Reppenstedt ein Löschwasserbrunnen hergestellt wird.

Weiter gibt Herr Meyer folgende Termine bekannt:

- 30.04.2022, 17:00 Uhr: Fahrzeugübergabe des TLF 3000 an die Ortsfeuerwehr Südergellersen
- 06.05.2022, 12:00 Uhr: Grundsteinlegung des neuen Feuerwehrhauses in Kirchgellersen

Punkt 7
Bericht zur aktuellen Situation hinsichtlich der Obdachlosenunterbringung und Durchführung des Aufnahmegesetzes
Herr Meyer führt in das Thema ein.

Herr Schölzel berichtet über die aktuellen Zahlen: Derzeit sind 61 Ukrainer(innen) in der Samtgemeinde Gellersen gemeldet. Diese leben überwiegend in privaten Unterkünften. Die Samtgemeinde verfügt derzeit über 111 Plätze in den eigenen Notunterkünften. Davon sind 68 Plätze belegt und 43 frei. Derzeit werden pro Woche rd. 55 Personen dem Landkreis Lüneburg zugewiesen. Diese werden zunächst nach Sumte gebracht. Die Unterkunft in Sumte bietet aktuell Platz für 200 schutzsuchende Menschen. Die Unterkunft kann die Kapazitäten auf 700 Personen anheben. Von Sumte aus erfolgt die Verteilung in die Samt- und Einheitsgemeinden.

Das Land Niedersachsen hat seine Aufnahmequote von 22.500 Personen auf 122.500 Personen angehoben. Das bedeutet, dass der Landkreis Lüneburg rd. 3.060 Personen aufzunehmen hat. Auf Gellersen runtergebrochen bedeutet dies eine Aufnahmequote von 237 Personen. Bis zu welchem Datum dies zu erfolgen hat, ist derzeit noch nicht festgelegt worden.

Herr Schölzel berichtet weiter, dass die Samtgemeinde weiterhin auf Wohnraumsuche ist. Bei der Anmietung weiteren Wohnraums fährt die Verwaltung „auf Sicht“.

Herr Meyer ergänzt, dass grundsätzlich die Landkreise für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig sind. Im Landkreis Lüneburg wurde diese Aufgabe

auf die Einheits- und Samtgemeinden verteilt. Der Landkreis erstattet den Kommunen Gelder für die Unterbringung von Flüchtlingen. Herr Meyer betont, dass es für das Vorhalten von Wohnraum allerdings keine Kostenerstattung gebe. Daher sei es wichtig, zwar einen gewissen Puffer an freien Wohnraum vorzuhalten, jedoch diesen nicht zu groß werden zu lassen, da diese Vorhaltekosten vollständig von der Samtgemeinde zu tragen sind.

Ausschussmitglied Bauer fragt, ob die von Herrn Schölzel genannte Quote sich ausschließlich nur auf ukrainische Flüchtlinge bezieht.
Dies wird von Herrn Schölzel verneint.

Ausschussmitglied Dirks fragt an, wieviel Kinder derzeit die Grundschule bzw. die Kitas besuchen.
Herr Schölzel erklärt, dass seiner Kenntnis nach zwei Kinder die Grundschule und ein Kind den Waldkindergarten besuchen.
Herr Meyer ergänzt, dass gerade Kindergartenplätze aufgrund der Kapazitäten knapp sind. Hierzu hat das Land jetzt Lockerungen in Bezug auf die Raumgrößen und Platzzahlen erlassen, sodass hierdurch zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.

Ausschussmitglied Bauer berichtet weiter von einer ukrainischen Grundschullehrerin, die gerne in Schule oder Kita unterstützen möchte.
Herr Meyer bittet Frau Bauer, den Kontakt an die Verwaltung zu geben.

Ausschussmitglied Dirks hinterfragt, ob das Nichtaufstellen der Containeranlage richtig war.
Herr Meyer betont, dass die Entscheidung sorgfältig abgewogen wurde, unter Berücksichtigung des Bedarfs und der Kosten. Pro Jahr wären Kosten von rd. 220.000,00 € entstanden. Werden die damit geschaffenen Plätze nicht belegt, so zahlt die Samtgemeinde diese Vorhaltekosten vollständig selbst. Durch die Anmietung der Unterkunft in Sumte hatte sich eine neue Situation ergeben, sodass eine zusätzliche Containeranlage in Reppenstedt als nicht erforderlich angesehen wurde.

Ausschussmitglied Bauer fragt an, ob ukrainische Flüchtlinge eine Wohnsitzauflage erhalten.
Herr Schölzel erklärt, dass ukrainische Flüchtlinge mit Stellung eines Antrages nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes eine Wohnsitzauflage für das Gebiet des Landkreises, nicht der jeweiligen Samtgemeinde, erhalten.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Nischk, bedankt sich für die Diskussion und Informationen.

Punkt 8
Einwohnerfragestunde
Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 9
11. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Samtgemeinde Gellersen
Hier: Aufnahme einer Aufwandsentschädigung für einen stellvertretenden Gemeindepressewart für die Freiwillige Feuerwehr Gellersen
Ausschussmitglied Dittmer bittet darum, einen Tatbestand für die Entschädigung der/des Integrationsbeauftragten mit einer monatlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 160,00 € mit in die Satzung aufzunehmen.

Beschlussempfehlung:
Die 11. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Samtgemeinde Gellersen wird beschlossen. Der Verwaltungsentwurf wird um einen Tatbestand für die Entschädigung der/des Integrationsbeauftragten mit einer monatlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 160,00 € ergänzt.

Abstimmung:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	5	0	0

Punkt 10
Nachtragshaushalt 2022
Herr Meyer führt zum Nachtragshaushalt 2022 aus: Das Einstellen von 2 Mio. Euro für den Ankauf von Wohnraum für die Flüchtlingsunterbringung sorgt für Handlungsfähigkeit der Verwaltung. Ein vergleichbares Verfahren erfolgte auch 2015/2016. Ziel ist es, angekaufte Immobilien ohne Verluste wieder zu verkaufen, wenn diese Immobilien nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden. Die 2 Mio. Euro müssten im Rahmen einer Kreditaufnahme refinanziert werden. Heute geht es um die haushälterische Bereitstellung der benötigten Finanzmittel. Sofern ein konkretes Kaufangebot angenommen werden soll, erfolgt eine gesonderte Beratung im Samtgemeindeausschuss.

Ausschussmitglied Dirks verweist auf die vergleichbare Verfahrensweise in den Jahren 2015/2016. Die von der Verwaltung empfohlene Vorgehensweise unterstützt er. Er stellt die Frage, ob 2 Mio. Euro ausreichend seien.

Herr Meyer erläutert, dass der Nachtragshaushalt auch genehmigungsfähig sein muss. Die Samtgemeinde könne nicht unbegrenzt Kredite aufnehmen. Daher sei der Betrag von 2 Mio. Euro gewählt worden. Eine Erhöhung durch weitere Nachträge bzw. eine Erhöhung bis zur Ratssitzung ist dadurch nicht ausgeschlossen.

Ausschussmitglied Dirks fragt an, ob die Immobilien von der Samtgemeinde oder der Wohnungsbaugesellschaft gekauft werden.
Herr Meyer erklärt, dass für die Unterbringung von Flüchtlingen die Samtgemeinde zuständig sei und damit auch die Samtgemeinde die Immobilien ankaufen werde.

Ausschussmitglied Bauer stellt zur Diskussion, ob die Bereitstellung der 2 Mio. Euro für den Ankauf von Immobilien mit der Auflage verbunden werden sollte, dass diese Unterkünfte - nachdem diese nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden - finanzschwachen Familien anzubieten sind.
Herr Meyer erklärt, dass es heute ausschließlich um die Bereitstellung der Haushaltsmittel gehe. Über jeden Kauf einer Immobilie entscheidet die Politik in einem besonderen Beschluss. Im Zuge dieser Beratung könne - sofern politisch gewollt - auch über eine mögliche Nachnutzung entschieden werden.

Herr Waltje fragt an, wer die Flüchtlingsunterkünfte betreut.
Herr Meyer erklärt, dass dies über das Ordnungsamt organisiert wird.

Ausschussmitglied Dittmer fragt an, ob die bereitgestellten Mittel ggf. auch für den Ankauf einer Containeranlage genutzt werden können.
Herr Meyer erklärt, dass auch dies eine Option sein könne, sofern diese Art der Unterbringung erforderlich werde.

Nach weiterer kurzer Beratung erfolgt folgende Beschlussempfehlung:

Beschlussempfehlung:
Der Fachausschuss für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen empfiehlt dem Rat, über einen Nachtragshaushalt Investitionsmittel in Höhe von 2.000.000 € für den Ankauf von Immobilien zur Unterbringung von schutzsuchenden Personen bereitzustellen.

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
Abstimmung:	5	0	0

Punkt 11
Behandlung von Anfragen und Anregungen
Ausschussmitglied Dirks berichtet, dass an Sperrmülltagen oft PKWs am neuen Friedhof in Reppenstedt parken und dort Müll und Unrat ablegen. Er fragt an, ob die dort installierte Schranke geschlossen werden könne.
Herr Schölzel berichtet, dass dies bereits erfolgt sei. Die Schranke werde zukünftig nur bei Beisetzungen geöffnet sein.

Punkt 12
Schließung der Sitzung
Der Ausschussvorsitzende Nischk schließt um 20:11 Uhr die Sitzung.

Hans-Jürgen Nischk Ausschussvorsitzender	Dietmar Meyer Allgemeiner Vertreter	Holger Schölzel Schriftführer